

Tagung Europas Weg zur Gleichstellung von Frauen und Männern

Freitag, 17. Mai 2013

Dr. Slawomira Walczewska, eFKa, Krakau

Die Europäische Gemeinsamkeit und die nationale Vielfalt in der Gleichstellungspolitik: Wo sind die Grenze der Kompromisse?

Beitritt Polens in die EU war Erfüllung den Träumen und Bestrebungen der Generationen der Polen und Polinnen, die nach dem II Weltkrieg, gemäß den Verträgen in Jalta und Potsdam von der Sovietunion vasalisiert wurden. Wir haben uns immer als zu der westlichen Welt gehörig verstanden und Polen als ein Teil Europas gesehen. Die Teilung Europas bedeutete für Polen ein Halbes Jahrhundert des totalitären Systems. Dieser System war der polnischen politischen Kultur und gesellschaftlichen Werten völlig fremd. Die Entstehung der Solidarność-Bewegung in 1980 hat unser Weg Richtung Europa, das heißt „zurück nach Hause“ angefangen. Es hat 24 Jahre gedauert, als Polen in 2004 in die EU beiträt. Politische Eliten jeder Färbung haben diesen Prozess aktiv unterstützt und mitrealisiert.

Während der 50 Jahren hat sich aber unterschiedlich entwickelt, wenn es um Gleichberechtigung von Frauen und Männer geht. In der ostlichen Teil Europas, darunter in Ost-Deutschland und in Polen, wurde, gleich nach dem Etablieren der Macht der kommunistischen Parteien, die staatliche Politik der Gleichberechtigung von Frauen und Männer realisiert. Frauen wurden gefoerdert bei dem Zugang zu den vorher männlichen Berufen und zu den politischen Funktionen. Mit Kippen und Kindergarten wurde ein neues Model der Familie propagiert und unterstuetzt, in dem beide Eltern genau so aktiv im Bereichen der beruflichen und Gesellschaftsleben sind. Zum ersten Mal in der Geschichte dieser Ländern stand in ihren Grundgesetzte, dass Frauen und Männer gleiche Rechte haben und dass niemand aufgrund des Geschlechtes diskriminiert werden darf.

Uns wurden aber zugleich die staatsbürgerliche Grundrechte abgesagt, darunter das Recht auf sich von unten organisieren und Vereine bilden. Dieser Bereich unterlag der strengen staatlichen Kontrolle. Mit eigener Initiative und mit eigenem Projekt sollte man zu einer Studenten-, Jugend- oder Frauenorganisation gehen, ein Zettel aber zu aushängen und dadurch zu einem z.B. Frauen-Treffen einladen, war aber streng verboten.

In der Zeit der Realsozialismus gab es in Polen eine einzige Frauenorganisation, die Frauenliga. Die bei Frauenliga angestellte Aktivistinnen waren von dem Staat bezahlt und ihr Tätigkeitsbereich wurde der aktuellen politischen Linie der Partei unterzogen.

Frauen hatten damals Recht auf Selbstbestimmung in Sachen der eigenen Mutterschaft und Schwangerschaft. Abtreibungstourismus ging damals aus dem Westen nach Polen. Besonders oft haben die Frauen die Möglichkeit benutzt.

Trotz der Gleichstellungspolitik wurden Frauen im Realsozialismus nicht gleichberechtigt. Im Bereich der Berufsarbeit existierte versteckter ‚gender gap‘ in der Belohnung. Unter dem Motto „Mutterschaftsschutz“ wurden Frauen aus ca. 100 best bezahlten Berufen ausgeschlossen, unter anderem durften sie nicht als Busfahrer arbeiten. Im Bereich der Bildung dauerte die informelle Teilung in „weibliche und männliche“ Fächer und die Karriere war vielmehr die Männersache. Im Bereich der Politik wurde die politische Aktivität der Frauen unterstützt, das hatte aber Grenzen. Unter allen 7 Generalsekretären der Arbeiterpartei, was die höchste Funktion sowohl in der einzelnen, regierenden Partei, als auch in der Staat war, gab es keine einzige Frau. Selbst der Ausdruck: Generalsekretärin der Partei lautet lächerlich und schließt Frauen rhetorisch aus dieser Funktion. Im Parlament bildeten Frauen zwar ca. 20% aller Abgeordneten, wurden sie aber in merkwürdiger Weise von der Partei auf die Wahllisten empfohlen. Die Differenz zwischen den weiblichen und männlichen Abgeordneten wurde besonders in den letzten Kadenzen

des sozialistischen Parlament sichtbar: Männer hatten mehrheitlich hohe Ausbildung und waren im Alter ca. 50-60, dafür Frauen hatten mehrheitlich Grundausbildung und waren sehr jung, ca. 25 Jahre alt. Die ornamentale alleinige Funktion der jungen, schlecht ausgebildeten und politisch unerfahrenen Abgeordneten ist klar.

In der gleichen Zeit in West-Europa wurde keine Politik der Gleichberechtigung auf der Ebene der Staaten realisiert. Wenn Simone de Beauvoir in den 50. Jahren ihr „Das zweite Geschlecht“ veröffentlicht hat, mussten die Französischen das schriftliche Erlaubnis haben, wenn sie eine Berufsarbeit ausserhalb zuhause anfangen wollten oder wenn sie eigenes Konto im Bank haben wollten. Die studentische Revolte und die Entstehung der zweiten Well der Frauenbewegung Anfang der 70. Jahren hat das tief geändert. Die Gleichstellungspolitik der EU verdanken wir jetzt der feministischen Frauenbewegung, die vor über 40 Jahren im Westen zur Wort gekommen ist.

In Polen wurde die zweite Welle der Frauenbewegung erst 20 Jahre später sichtbar, sie kam mit der Bewegung für Demokratisierung, in Ende der 80 Jahren. Und zugleich musste sie sich mit dem enormen Ausbruch des sittlichen Konservatismus in Polen auseinandersetzen. Im Jahre 1992, im Herbst, kam zu der Entstehung der Bürgerbewegung für Volksabstimmung in der Sache der Abtreibungsgesetz, wenn es schon klar war, dass das Parlament kann Abtreibungsverbot einführen. Diese Bürgerbewegung sammelte über ein Million Unterschriften unter der Petition an das Parlament über die Volksabstimmung, was aber von der Abgeordneten nicht in Betracht genommen wurde. Sie haben Ende des 1992 Jahr eine der restriktivsten Abtreibungsgesetze in Europa verabschiedet, die bis jetzt in Polen gilt. Nach den Umfragen unterstützt die Gesellschaft mehrheitlich das liberale Abtreibungsgesetz, mit Sozialindikationen. Frauen abstimmen auch mit den Beinen für das liberale Abtreibungsgesetz. Nach der Schätzungen der Frauenorganisationen werden jährlich ca. 100 Tausend illegalen Abtreibungen von den Polinnen entweder im Land oder im Ausland gemacht.

Frauenrechte werden von unseren Politikern möglichts nicht in Betracht genommen. Wir wollen in Polen nach den westlichen EU Standards leben, unsere Regierungen und Parteien uebersehen aber gerne, dass zu diesen Standaden auch gleiche Chancen fuer Frauen und Maenner gehoeren. EU Mitglierschaft wurde erwünscht und wurde zu Wirklichkeit nur – das ist ein Vertrag und es muss ernst genommen werden, auch in der Sache der gleichen Chancen fuer Frauen und Maenner. Daruener scheinen polnische PolitikerInnen staendig zu vergessen. Fuer die institutionelle Verankerung der Realisierung der Politik der gleichen Chancen und fuer das Gleichberechtigungsgesetzt haben sie Jahren gebraucht. Seit 1997 kam immer wieder aufs Neue zu dem Versuch, dieses Gesetz in einer seinen Versionen zu abstimmen. Erstmals im Parlament ausgelacht, danach lange „Verbessert“, ueberarbeitet, wurde es letztendlich in ihren kurzen Version erst im Jahre 2011 verabschiedet. Auch das Posten der Frauenbeauftragten ist ein ewiger Kampfeld. Die jetzige entstprechig dieser Funktion heisst jetzt: Regierungsbeauftragte in der Sachen des Gleichen Betrachtens und bezieht sich an die Verbeugung der Diskrimination nicht nur wegen des Geschlecgtes, sondern allgemein.

Das ist ein zentrales Amt alleine, es gibt keine regionale Entsprechung und seine Moeglichkeiten sind sehr begrenzt.

Vielheit und bunte Differenzen in der gemeinsamen Europaeischen Union sind schoen und willkommen, wenn es aber um Frauenpolitik, Frauenrechte und Menschenrechte ueberhaupt geht, dann sollen sie nicht nur auf dem Papier in Bruessel deponiert werden, sondern von allen Mitgliedsstaaten, ohne Ausnahme Polens, reprektiert und tatsaechlich realisiert werden.

Sławomira Walczewska